

Dringliche Anfrage

Fraktion der SPD

Hannover, den 25. 10. 1982

Betr.: Streichung des Schüler-Bafög

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU/FDP enthält keinerlei Aussagen zu bildungspolitischen Fragen — nicht einmal zum Ausbildungsplatzmangel —, andererseits jedoch drastische Sparmaßnahmen bei der Ausbildungsförderung (Bafög). Es ist bekannt, daß durch eine derartige Maßnahme Familien betroffen sind, die im unteren Bereich der Einkommensskala rangieren: 80 Prozent der Eltern geförderter Schüler beziehen ein Nettoeinkommen von weniger als 2 000 Mark im Monat, insgesamt 50 Prozent weniger als 1 500 Mark, 25 Prozent liegen sogar unter 1 000 Mark.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche bildungs- und sozialpolitischen Folgen sind im Falle der Verwirklichung dieser Sparpläne zu erwarten?
2. Wie viele niedersächsische Schüler werden, getrennt nach Schulformen, von einem Entzug des Bafög betroffen?
3. Welche Haltung wird die Landesregierung bei der Beratung und Beschlußfassung über die Streichungspläne im Bundesrat einnehmen?

R a v e n s

Fraktionsvorsitzender